

24.06.2014

## Antrag

der Fraktion der CDU

### Rohstoffgewinnung ist sinnvoller als der „Salzpipelinebau“ zur Nordsee

Die Firma Kali und Salz aus Kassel hat mit der Planung zum Bau der 63 km langen Halden-abwasserleitung von ihrem Werk Neuhof/Fulda nach Philippsthal/Werra im Jahre 2006 das Problem der Weserversalzung wieder ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Seither haben sich die Landtage der Werra- und Weseranrainer (Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Hessen) mit unterschiedlicher Intensität mit dem Problem beschäftigt. Nicht zuletzt haben alle Beteiligten die europäische Wasserrahmenrichtlinie einzuhalten, die über mehrere Stufen letztendlich im Jahr 2027 vollständig umgesetzt sein muss und bezweckt, dass die Wasserpolitik stärker auf eine nachhaltige und umweltverträgliche Wassernutzung auszurichten ist.

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen hat mehrfach einstimmige Beschlüsse dahingehend gefasst, dass die Einleitung von Salzlaugen in Werra und Weser weitestgehend zu reduzieren und, wenn technisch und wirtschaftlich möglich, zu beenden ist.

Der Runde Tisch „Gewässerschutz Werra/Weser und Kaliproduktion“, der sich im März 2008 konstituiert hat, berät seither über verschiedenste Maßnahmen zur Reduzierung der Abwässer mit dem Ergebnis, dass zur Beseitigung der jährlich ca. 7 Mio. m<sup>3</sup> Restabwässer eine direkte Einleitung in die Nordsee vorgeschlagen wird. Dieser Empfehlung für eine Pipelinelösung hat sich auch Nordrhein-Westfalen angeschlossen.

Der Pipelinebau und die damit verbundene direkte Einleitung in die Nordsee fand und findet allerdings keine Zustimmung in Niedersachsen, wie die Aussagen des Ministerpräsidenten Weil belegen.

Auch wenn die Pipeline verlegt sein sollte, fällt dauerhafter Aufwand an. Sie muss nicht nur betrieben und gewartet, sondern auch immer wieder erneuert werden - möglicherweise weit über den Zeitraum des Salzabbaus der bestehenden Betriebe an den bisherigen Standorten hinaus.

Datum des Originals: 24.06.2014/Ausgegeben: 24.06.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

Angesichts der widerstreitenden Interessen könnte sich herausstellen, dass, verglichen mit dem Pipelinebau, die Salzabwasseraufbereitung die bessere und nachhaltigere Lösung ist. Im Rahmen eines Entwicklungsauftrags wurde ein Verfahren zur lokalen Aufbereitung der gesamten an den vier Standorten (Hattorf, Wintershall, Werra, Neuhof-Ellers) ab 2015 jährlich anfallenden Salzabwassermengen von 6,8 Mio. m<sup>3</sup> konzipiert. Es umfasst nicht nur die im Produktionsprozess anfallenden Abstoßlösungen sowie Deck- und Waschwasser, sondern auch das Haldenwasser, das so lange anfällt, wie die Abraumhalden bestehen. Durch Eindampfen und Reduzierung der Salzfracht durch Umkristallisation kann eine Volumenreduzierung der Salzabwässer erzielt werden. Dabei können neben Natriumchlorid auch Magnesiumsulfat und weitere Wertstoffe gewonnen werden.

Da in den zurückliegenden Jahren klare Zahlen und Verfahrensbewertungen nicht im ausreichenden Maße vorhanden waren, wurde diese mögliche Option zunächst nicht weiter in Betracht gezogen. In den letzten Monaten wurden weitere Erkenntnisse zu dieser alternativen Möglichkeit zusammengetragen. Gerade die Chance, einerseits vor Ort eine Problemlösung zu finden und andererseits eine ökonomische Lösung anzubieten, macht es interessant, dieses Verfahren näher zu beleuchten. Vorrangiges Ziel muss es sein, vorhandene Ressourcen nachhaltig zu nutzen und durch eine Art Recycling Wertstoffe dem Wirtschaftssystem zur Verfügung zu stellen. Das entlastet die Gewässer von einer belastenden Abwasserfracht und bietet regional weitere Möglichkeiten Arbeitsplätze und Wertschöpfung in der Region zu halten.

#### **I. Der Landtag stellt fest:**

Eine Aufbereitung wertstoffhaltiger Stoffströme, welche als Abfallprodukt bei der Kalisalzgewinnung anfallen, sollte bevorzugt vor Ort umgesetzt werden. Dies würde einen nachhaltigen Umgang mit vorhandenen Ressourcen ermöglichen, die Umwelt entlasten und neue Chancen einer wirtschaftlichen Wertschöpfung bieten. Alle neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse sowie Erfahrungen aus anderen Ländern sollen dabei berücksichtigt werden. Vorrangiges Ziel muss es sein, anfallende Salzabwässer am Standort so aufzubereiten, dass eine Bundesländer übergreifende Entsorgung mittels einer Pipeline nicht erforderlich wird. Die Werra sowie die Weser sollen nicht weiter als Entsorgungsweg für solche Abwässer genutzt werden.

Stellt sich allerdings heraus, dass die Aufbereitung vor Ort eine aus ökologischer oder ökonomischer Sicht nicht realisierbare Option ist, muss zielführend die so genannte Nordseepipeline realisiert werden.

#### **II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,**

1. eine Aufbereitung und Entsorgung der anfallenden Abfallstoffe am Produktionsstandort der Firma K+S vorrangig einzufordern.
2. mögliche Alternativen zu einer Pipeline unter dem neuen Stand der Erkenntnisse zur Aufbereitung des anfallenden Salzabwassers von einem unabhängigen Dritten, beispielsweise dem Umweltbundesamt, prüfen und bewerten zu lassen.

3. gemeinsam mit den anderen Werra- und Weser-Anrainerländern und dem betroffenen Unternehmen die schnelle und für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger transparente Umsetzung von nötigen Maßnahmen voran zu treiben.

Armin Laschet  
Lutz Lienenkämper  
Josef Hovenjürgen  
Rainer Deppe  
Hubertus Fehring  
Friedhelm Ortgies  
Volker Jung  
André Kuper

und Fraktion